

vorwärtsHESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

SEPTEMBER 2019

ABSCHIED UND NEUANFANG



Von
Thorsten Schäfer-Gümbel

Am 5. April 2003 begann für mich die Zeit als Mitglied des Hessischen Landtags, die vor Kurzem, am 3. September 2019, mit der Erklärung des Verzichts auf mein Mandat endete. Nach über 16 Jahren, über zehn Jahren davon als Vorsitzender der SPD-Fraktion und 582 Reden habe ich nun Abschied genommen. Ich verlasse den Hessischen Landtag mit einer ordentlichen Portion Wehmut, aber ohne Bitterkeit. Ich gehe im Guten. Der große Traum, Ministerpräsident des Landes Hessen zu werden und die SPD zurück in Regierungsverantwortung zu bringen, ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Daher hatte ich im Frühjahr dieses Jahres entschieden: Alles hat seine Zeit. Ich habe auch nicht vor, nach meinem Ausscheiden als Vorsitzender der Hessen-SPD beziehungsweise stellvertretender Bundesvorsitzender von der Seitenlinie gute Ratschläge zu erteilen. Ich werde zwar kein Politiker mit Mandat oder Funktion mehr sein, ich bleibe aber immer ein politischer Mensch.

Ich möchte an dieser Stelle meiner Nachfolgerin im Amt der Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Nancy Faeser, sehr herzlich zu ihrer überzeugenden Wahl durch die Mitglieder der Landtagsfraktion gratulieren. Ich wünsche ihr nur das Beste und stets eine glückliche Amtsführung. Jede Vorsitzende und jeder Vorsitzender hat seine eigenen Schwerpunkte gesetzt, und ich bin mir sicher, dass Nancy Faeser mit ihrem eigenen Stil die Fraktion ebenso prägen wird, wie jede Vorsitzende und jeder Vorsitzender vor ihr es auch getan hat.

Seit Anfang September findet nun „UnsereSPD-Tour“ statt, auf der sich die Bewerberinnen und Bewerber für das Amt des Parteivorsitzes den Genossinnen und Genossen in den Bezirken und Landesverbänden vorstellen. Der große Andrang bei den Veranstaltungen, die nicht selten eine Verlegung in größere Hallen erfordert, spricht für den Nominierungsprozess und das Interesse der Parteimitglieder, da sie wirklich mitentscheiden können, wer zukünftig die Partei führen soll.

An dieser Stelle bleibt mir nun die Möglichkeit, Danke zu sagen an alle Genossinnen und Genossen. Danke für Euer Vertrauen in den vergangenen Jahren, Danke für Eure Ratschläge, Danke für Euer großes Engagement, Danke für die zahlreichen persönlichen Begegnungen mit Euch.

Th. Schäfer-Gümbel

WIR GRATULIEREN

DER NEU

GEWÄHLTEN

VORSITZENDEN

DER SPD-FRAKTION

IM HESSISCHEN

LANDTAG,

NANCY FAESER,

GANZ HERZLICH

UND WÜNSCHEN

IHR ALLES GUTE

FÜR

IHR NEUES AMT.

FÜR MEHR VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT

KONZEPT ZUR WIEDEREINFÜHRUNG EINER VERMÖGENSTEUER

Es ist ein Konzept, das für Diskussionen sorgt, und das nicht erst in den vergangenen Wochen: Die Rede ist von der Vermögensteuer. Bereits im Jahr 2016 hatte der hessische SPD-Landeschef einen Vorstoß zu dem schlummernden Thema vorgenommen und damit „Verteilungsgerechtigkeit“ zu einem der großen Themen im Wahlkampf 2017 gemacht. „Die zunehmende Ungleichheit wird inzwischen sogar von den Wirtschaftsinstituten kritisiert, die sie lange als Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung gefordert haben“, hatte er damals erklärt. Und bekräftigt heute: „Wir haben eine enorme Schieflage in den letzten Jahren erlebt.“ Diese Schieflage müsse nun endlich be-

hoben werden. Heute zeigt sich Schäfer-Gümbel zuversichtlich, dass die Vermögensteuer kommt. „Wir haben einen Vorschlag zur Vermögensteuer unterbreitet, der alle Probleme lösen kann“, erklärt er dazu. Das Konzept, das auch aus hessischer Feder stammt, sieht eine Vermögensteuer in Höhe von einem Prozent vor. Es soll sich ausschließlich auf besonders reiche Teile der Bevölkerung konzentrieren, erläutert der Landeschef und kommissarische Parteivorsitzende. Das könne durch hohe persönliche Freibeträge sichergestellt werden. „Wohlstand für viele und nicht Reichtum für wenige – das können wir gemeinsam mit einer Vermögensteuer erreichen“, so Schäfer-Gümbel. ■



FOTO: SPD-LANDESVERBAND

„IM UNTERGRUND“

In dem Buch „Im Untergrund“ geht es um die Suche nach den letzten RAF-Terroristen. Wie Phantome tauchen die letzten drei aktiven Mitglieder der RAF immer wieder auf, um, bewaffnet mit Panzerfaust und Schnellfeuergewehren, Supermärkte und Geldtransporter zu überfallen. Wer sind die drei? Und gehören sie überhaupt wirklich zur RAF? Gemeinsam mit ihrem Vater, einem grantelnden bayerischen Polizisten in Rente, macht sich Patrizia Schlosser auf die Suche nach ihnen. Sie trifft Anwälte und Ermittler, ehemalige Weggefährten und RAF-Mitglieder und erhält so Einblick in eine verschwiegene Szene ... Auf der Buchmesse am 18. Oktober um 14.30 Uhr am Stand des Vorwärts Verlags trifft sich die hessische Generalsekretärin und SPD-Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser mit Autorin Patrizia Schlosser zu einer Buchbesprechung mit anschließender Diskussion. Vorbeischauchen lohnt sich!

„STARKE HEIMAT“ AUF DEM RÜCKEN DER KOMMUNEN

LANDESREGIERUNG VERSPRICHT 400 MILLIONEN, DIE IHR NICHT GEHÖREN

Das Starke-Heimat-Gesetz der Hessischen Landesregierung sorgt mittlerweile seit Ende Mai für Furore. Während Schwarz-Grün sich damit rühmt, dass Hessens Kommunen ab dem kommenden Jahr 400 Millionen Euro mehr zur Verfügung haben, klagen Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalpolitik darüber, dass sich das Land Hessen schon wieder bei ihnen bedient. Richtig ist, dass die Kommunen in den alten Bundesländern mit einer erhöhten Gewerbesteuerumlage am Solidarpakt beteiligt werden. Dieser Solidarpakt endet nun, und eigentlich, so sollte man glauben, gehören diese Gelder, also besagte 400 Millionen, nun wieder ganz den Kommunen. Mit dem Starke-Heimat-Gesetz will Schwarz-Grün die Gewerbesteuerumlage jedoch fortführen und würde damit den Kommunen erneut Gelder entziehen, klagt Landrätin Kirsten Fründt. Damit will

Hessen abermals einen Sonderweg gehen, der die Kommunen nach der Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs um 340 Millionen stark belastet und Gelder entzieht, die ihnen nun zustünden. Diese Gelder sollen für die Stärkung der Kinderbetreuung, die Schaffung von Verwaltungskapazitäten in Schulen, die Digitalisierung in den Kommunen, die Erhöhung der Krankenhausinvestitionen und die kontinuierliche Attraktivitätssteigerung des ÖPNV fließen.

Klingt erst einmal nicht schlecht. Richtig ist aber leider auch, dass die Landesregierung keine finanzielle Beteiligung ihrerseits vorsieht und den Kommunen auch keine Handlungsfreiheit über die Verwendung der Gewerbesteuer gewährt – schließlich könnte vor Ort am besten entschieden werden, wofür die frei werdenden Gelder eingesetzt werden könnten. Was erst so gut klingt, ist

also nichts anderes als ein weiterer Griff in die Taschen der Kommunen. Für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, die hessenweit für Ärger sorgen und Bürgerinnen und Bürger auf die Barrikaden bringen, darf das Geld übrigens nicht verwendet werden. Auch hatten Schwarz-Grün erst vor wenigen Wochen dem SPD-Gesetzentwurf zu deren vollständigen Abschaffung den Riegel vorgeschoben. Von dem echten Wunsch nach Entlastung für Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger keine Spur. „Uns muss es nun aber gelingen, das so herunterzubrechen, dass den Menschen im Land klar wird, was für ein Skandal sich da gerade abspielt“, betonte Nancy Faeser. So sei das Gesetz ein ganz klarer Versuch des Landes, sich für die nächsten Jahre den eigenen finanziellen Notwendigkeiten zu entledigen. Eine „starke Heimat“ gibt es also nur auf dem Rücken der Kommunen. ■



„Starke Heimat Hessen“: Schwarz-Grün setzt kommunalfeindliche Politik fort und entzieht weiterhin Gelder.

THEMEN UND ANLIEGEN MIT NACHDRUCK VERTRETEN

SGK-ARBEITSKREIS KOMMUNALPOLITIK

Wir Kommunalen müssen uns nicht der Bedeutung unserer Arbeit versichern“, heißt es in der Einladung zum ersten Treffen des SGK-Arbeitskreises Kommunalpolitik. Und weiter: „Aber: Wir können dazu beitragen, dass unsere Themen und Anliegen mit Nachdruck vertreten werden.“ Deshalb habe sich der SGK-Landesvorstand dazu entschlossen, einen „Arbeitskreis Kommunalpolitik“ einzurichten. Eine Idee, die of-

fensichtlich viel Anklang fand, denn rund 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten sich an einem Freitag Ende August zu diesem ersten Treffen eingefunden. In unregelmäßigen Abständen sollen in diesem Arbeitskreis mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, den Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern, den Landrätinnen und Landräten, den SPD-Landtagsabgeordneten sowie den sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen

der kommunalen Spitzenverbände zentrale Themen behandelt und die kommunalpolitische Arbeit koordiniert werden. Themen, die in dieser Runde auf den Tisch kommen könnten, gibt es derzeit wohl genug. Angefangen beim Thema des ersten Treffens: das „Starke-Heimat-Gesetz“ – ein Aufreger par excellence. Die Runde soll nächstes Mal Anfang 2020 mit neuen Themen zusammenkommen und künftig den Austausch sicherstellen. ■

LEHRERMANGEL UND UNTERRICHTS-AUSFALL BEENDEN

SCHULSTART-AKTIONEN FÜR EINE BESSERE BILDUNGSPOLITIK

Lehrer-mangel, Einsatz von Laien an Schulen, massiver Ausfall von Unterricht, schlechte Ausstattung von Schulen und schlechte oder teure Schulverpflegung. All das scheint oft nur ein kleiner Ausschnitt der Situation an Hessens Schulen zu sein. „Das Schuljahr 2019/20 wird keinen Deut besser als das letzte“, kritisiert der bildungspolitische Sprecher Christoph Degen. „Es fehlt an Ideen, den Lehrermangel vor allem an Grund- und Förderschulen, aber auch an den beruflichen Schulen anzugehen.“ Stattdessen werde die Welt weiter schöngeredet, und man lobe sich für eine Lehrerversorgung, die nur auf dem Papier Bestand habe. Schwarz-Grün speise die Schulen weiter mit Hilfskräften ab, wobei die Qualität auf der Strecke bleibe.

Während die SPD sich für guten Unterricht und eine angemessene Ausstattung der Schulen einsetzt, scheint sich die Landesregierung gemütlich zurückzulehnen. Deshalb hat die hessische SPD auch in diesem Jahr den Beginn des neuen Schuljahres zum Anlass genommen, mit sogenannten Schulstartaktionen für eine bessere Bildungspolitik zu werben. Zahlreiche Ortsvereine haben zum wiederholten Mal in der ersten Schulwoche nach den Som-



Unter anderem in der Heimatstadt von Generalsekretärin und neuer SPD-Fraktionsvorsitzenden Nancy Faeser finden traditionell Schulstartaktionen statt.

merferien auf Marktplätzen Geschenke an Erstklässlerinnen und Erstklässler verteilt. Am besten klappt das natürlich, wenn die jeweiligen Aktionen zuvor per Plakat oder in der Presse angekündigt werden. Ob mit

Brotdosen, Linealen oder Bleistiften – viele freuen sich, die Genossen vor Ort auch mal außerhalb von Wahlkämpfen zu sehen, sieht auch Nancy Faeser die Notwendigkeit solcher Aktionen. ■

KIRCHE IST RELEVANTER TEIL DER GESELLSCHAFT

DREI FRAGEN AN HEIKE HOFMANN, VORSITZENDE DES KIRCHENPOLITISCHEN BEIRATS

vorwärts Hessen:

Heike, du und Dr. Wolfgang Gern seid die Vorsitzenden des Kirchenpolitischen Beirats der SPD Hessen. Warum ist dieser Beirat aus deiner Sicht heute immer noch wichtig?

Heike Hofmann: Die SPD wird aus unserer Überzeugung auf mittlere bzw. kür-

zere Sicht nur dann wieder mehrheitsfähig, wenn wir in allen relevanten Teilen der Gesellschaft verankert sind. Dafür müssen wir uns selbst breit aufstellen. Aus christlicher Perspektive gibt der kirchenpolitische Beirat der Landes-SPD regelmäßig Impulse/Denkanstöße für die politische Diskussion. Wir binden mit unserer Arbeit aber auch parteiinterne Mitglieder und interessierte Bürger, die an gesellschaftspolitischen Fragestellungen aus christlicher Perspektive interessiert sind, mit ein.

vorwärts Hessen:

Welche Impulse kann der Kirchenpolitische Beirat für die Arbeit der hessischen SPD geben?

Heike Hofmann: Der Kirchenpolitische Beirat hat über öffentliche Veranstaltungen, wie z. B. mit Prof. Dr. Gesine Schwan oder dem ehemaligen Ratsvorsitzenden der EKD, Dr. h. c. Nikolaus Schnei-

der, schon viele gesellschaftspolitische Diskussionen angestoßen und wird dies künftig über Veranstaltungsformate an der Evangelischen Akademie in Frankfurt am Main tun.

Etwa: Wie können wir unsere Demokratie stärken? Auf welche Weise sollen wir uns in einer globalen, digitalen, individualisierten Welt besinnen und stärken? Wie können wir Verteilungsgerechtigkeit endlich erreichen? Auch in einer globalen Welt? Der Blick von unten ist gerade das, was Kirchen und Sozialdemokratie verbindet.

vorwärts Hessen:

Was bedeutet dir eigentlich Kirche?

Heike Hofmann: Kirche ist für mich eine Gemeinschaft der Gläubigen bzw. derjenigen, die mit Gott in Verbindung treten wollen. Sie ist eine wichtige Institution, in der Glaube gelebt, reflektiert und hinterfragt werden kann. ■



Heike Hofmann, MdL

FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

REGIONAL-KONFERENZ IN FRIEDBERG

Am Montag, den 9. September, fand eine der insgesamt 23 Regionalkonferenzen im hessischen Friedberg statt. Zweieinhalb Stunden lang präsentierten sich die 15 Bewerberinnen und Bewerber für den Parteivorsitz den anwesenden Genossinnen und Genossen. Schon in der Woche zuvor hatte die Anmeldeliste geschlossen werden müssen, denn der Andrang war (zu) groß und überforderte die reichlichen Kapazitäten der angemieteten Halle. Knapp 1.000 Interessierte waren am Montagabend erschienen, um sich die Ideen und Konzepte der Bewerberinnen und Bewerber für die Überwindung der Krise ihrer Partei anzuhören und sich eine Meinung zu bilden. Weitere hessische Station ist Baunatal, Heimat von Bewerber Michael Roth, der gemeinsam mit Christina Kampmann antritt. Im Anschluss an die Regionalkonferenzen können die SPD-Mitglieder im Oktober dann darüber abstimmen, wer auf dem Parteitag im Dezember zur bzw. zum Parteivorsitzenden gewählt werden soll. ■

FOTO: SPD-SCHWALBACH

DIREKT-
WAHLEN

15.09.

Julian Neubert

möchte Bürger-
meister in Lich
werden.

15.09.

Sina Best

will Bürgermeis-
terin von Lichten-
fels werden.

20.10.

Fabian Fehl

steht zur Wahl in
Birstein.

27.10.

Perry von Wittich

möchte Bürger-
meister von Bruch-
köbel werden.

Kirsten Fründt

bleibt Landrätin im
Landkreis Marburg-
Biedenkopf.

Stefan Erb bleibt

Bürgermeister von
Erlensee.

TRAUER UM PETRA FUHRMANN



Der SPD-Landesverband und die SPD-Landtagsfraktion trauern um die frühere Landtagsabgeordnete, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und sozialpolitische Sprecherin Petra Fuhrmann, die im Alter von 63 Jahren nach schwerer Krankheit im Juli verstorben ist. Mit Petra Fuhrmann verlieren wir eine verlässliche Freundin, Weggefährtin und Genossin, die sich über Jahrzehnte für die Anlie-

gen der hessischen SPD eingesetzt hat. 20 Jahre lang, von 1994 bis 2014, war Petra Fuhrmann Landtagsabgeordnete und von 1997 bis 2003 stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Sie stand der hessischen SPD in schwierigen Zeiten zur Seite und hat dabei nie ihren Kampfgeist verloren. Mit großer Leidenschaft und viel Engagement setzte sie sich für sozial- und frauenpolitische Themen ein und wurde nicht nur in unseren

Reihen als erfahrene Sozialpolitikerin geschätzt. Über lange Jahre war Petra Fuhrmann das sozialpolitische Gesicht der hessischen SPD. Unser tief empfundenes Mitgefühl gilt ihrem Ehemann und der ganzen Familie. Wir werden Petra Fuhrmann, ihren Rat und vor allem ihr beharrliches Wesen, das sie immer in den Dienst der Allgemeinheit gestellt hat, schmerzlich vermissen und ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

ORTSVEREINS- UND
FRAKTIONS-VORSITZENDENKONFERENZ

Der SPD-Landesverband und die Landtagsfraktion laden zur ganztägigen Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzendenkonferenz nach Allendorf bei Gießen ein, am 21. Septem-

ber, von 10 bis 16.15 Uhr. Die Konferenz dient dem Austausch zwischen den Verantwortungsträgern auf kommunaler und Landesebene. Vormittags stehen die Themen Kommunalfinanzen, Stra-

ßenausbaubeiträge und die wohnortnahe medizinische Versorgung im Mittelpunkt. Am Nachmittag werden die Planungen und zentralen Angebote zur Kommunalwahl 2021 vorgestellt. ■

„APPELWOI TRIFFT AHLE WURSCHT“

Unter dem Motto „Appelwoi trifft Ahle Wurscht“ findet in diesem Jahr der Hessenempfang in der hessischen Landesvertretung in Berlin statt. Im Mittelpunkt stehen Gespräche mit Verbänden, Unternehmen, Gewerkschaften und vielen anderen Multiplikatoren. Mit dabei sind der Vorsitzende der hessischen SPD-Landesgruppe, Jens Zimmermann, und die neue SPD-Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag, Nancy Faeser. ■



WECHSEL AN DER SPITZE

Nancy Faeser steht an der Spitze der Landtagsfraktion. Die Fraktionsmitglieder haben die gebürtige Bad Sodenerin am 4. September mit großer Mehrheit zur neuen Vorsitzenden gewählt. Nancy Faeser bekam von den 28 anwesenden Abgeordneten, eine Abgeordnete fehlte wegen Krankheit, 27 Ja-Stimmen, ein Mitglied der Fraktion stimmte mit Nein. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Landtagsfraktion, Günter Rudolph, gratulierte Nancy Faeser im Namen der gesamten Fraktion zur Wahl und zu dem überzeugenden Ergebnis. Er sagte: „Die Fraktion hat sich eindeutig zu Nancy Faeser als neuer Vorsitzenden bekannt. Sie kann jetzt mit einem überzeugenden Vertrauensvotum in ihr neues Amt gehen und das Profil der Sozialdemokratie im Hessischen Landtag weiter schärfen. Wir alle freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Nancy Faeser, die politischen Gestaltungswillen mit einer enormen fachlichen und menschlichen Kompetenz verbindet. Unser gemeinsames Ziel ist es, mit Nancy Faeser an der Spitze den Regierungswechsel in Hessen 2024 zu vollziehen.“ ■

Die neue Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser (Zweite von links) dankt den Mitgliedern der Landtagsfraktion kurz nach Bekanntgabe des Ergebnisses für das entgegengebrachte Vertrauen.



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

In einem Statement gegenüber den Pressevertreterinnen und -vertretern spricht Faeser über die geplanten Schwerpunkte ihrer neuen Rolle.



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

BILDUNGSPOLITIK ENTSCHEIDEND FÜR DIE ZUKUNFT

Nach 16 Jahren Parlamentszugehörigkeit, 484 Sitzungstagen und 581 Redebeiträgen hat Thorsten Schäfer-Gümbel am 3. September seine letzte Rede im Plenarsaal des Landtages gehalten. In seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung zum Schuljahresbeginn bekräftigte Schäfer-Gümbel, dass es an der Zeit sei, sich dem Thema Bildung im Hinblick auf die drängenden Fragen der Zukunft unserer Kinder mit grundsätzlich neuen Ansätzen zu stellen. Schäfer-Gümbel sagte: „Die Bildungsfrage ist entscheidend für die Zukunft unserer Kinder. Sie entscheidet darüber, ob unsere Kinder Veränderungen als Chance begreifen oder nicht. Und sie entscheidet darüber, ob unserer Kinder zu den Digitalisierungsgewinnern oder den Digitalisierungsverlierern gehören.“ Schäfer-Gümbel erinnerte daran, dass Ministerpräsident Bouffier und Kultusminister Lorz den Digitalpakt zwischen Bund und Ländern für die Schulen zunächst rundweg abgelehnt hätten, eben diesen Pakt aber heute in den höchsten Tönen lobten. „Für die Ausgestaltung sind die Länder

verantwortlich. Aber wenn es darum geht, wie Hessen den Digitalpakt umsetzt, dann bleibt der Kultusminister im Ungewissen. Das Budget für die digitale Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern beträgt gerade einmal 40 Euro pro Kopf und Jahr.“ Der Kultusminister habe in seiner Rede die Chance, eine zukunftsgerichtete Idee zur Bildungspolitik zu entwickeln, nicht genutzt. Das Wort Unterrichtsaus-

fall habe man vergeblich gesucht, die hohe Anzahl der Überlastungsanzeigen von Lehrkräften werde ignoriert. Auch sei die unzureichende Besoldung von Grundschullehrkräften dem Minister keine Erwähnung wert gewesen. „Ich plädiere für eine Stärkung der politischen und kulturellen Bildung. Demokratie ist schließlich eine Staatsform, die man lernen muss“, schloss Schäfer-Gümbel. ■



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

In seiner letzten Rede im Hessischen Landtag betonte der scheidende Fraktionsvorsitzende die hohe Bedeutung der Bildungspolitik für die Zukunftschancen der Kinder.

ÄNDERUNGEN ZU ZAGHAFT

In der Plenardebatte zum Gesetzentwurf zur Änderung des Landesblindengeldgesetzes hat die Abgeordnete Ulrike Alex die Zaghaftheit der Änderungen kritisiert. „Die Befristung und späte Einbringung des Gesetzes schränkt die Beratungsmöglichkeit über ein so wichtiges Thema stark ein. Die Änderungen sind lediglich marginal, und es fehlen wichtige Regelungen. In der Vergangenheit ist zur Situation der Taubblinden nur Betroffenheitsprosa vonseiten der CDU und der Grünen zu hören gewesen. Eine Regelung im Landesblindengesetz fehlt. Auch ungeklärt ist die Frage des Landesblindengeldes für Betroffene, die aus einem anderen Bundesland in eine stationäre Einrichtung in Hessen ziehen. „Ihnen bleibt das Landesblindengeld zurzeit versagt“, sagte Alex. Die SPD erwarte darüber hinaus, dass während der Beratungen weitere Probleme zur Sprache kämen. Alex erwarte vonseiten der Landesregierung, dass alle betroffenen Verbände barrierefreien Zugang zu den nötigen Informationen erhielten. ■



Ulrike Alex, MdB

FOTO: SPD-FRAKTION - ANGELIKA ASCHENBACH



Heike Hofmann, MdB

ZU LANGE VERFAHREN

Die Rechtspolitikerin Heike Hofmann hat der Landesregierung erneut die langwierige Verfahrensdauer der sogenannten Cum-Ex-Verfahren vorgeworfen. In Nordrhein-Westfalen sei bei vergleichbaren Verfahren nur wenige Monate nach Anklageerhebung der Prozess gefolgt, während in Hessen auch zwei Jahre nach Fertigstellung der Anklage noch immer nicht über dessen Zulassung entschieden sei. „Aufklärung und strafrechtliche Verfolgung müssen schneller vorangehen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass der Beschuldigte in Hessen, der zugleich Erfinder des Geschäftsmodells ist, keine Reue zeigt. Ausgerechnet das Verfahren gegen den Erfinder der Geschäftspraxis, die zum größten Steuerraub in der Geschichte der Bundesrepublik geführt hat, kommt offensichtlich nicht voran. Es ist wichtig, dass das Vertrauen der Menschen in die Integrität der Rechtsordnung und die Handlungsfähigkeit des Staates wiederhergestellt wird, indem die Täter und Hintermänner zur Rechenschaft gezogen werden“, forderte Hofmann. ■

FOTO: SPD-FRAKTION - ANGELIKA ASCHENBACH

WEITERHIN VOLLSTÄNDIGE ABSCHAFFUNG GEFORDERT

In der Beratung über den Gesetzentwurf der SPD zur vollständigen Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen hat der Parlamentarische Geschäftsführer, Günter Rudolph, die Regierungsfractionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen aufgefordert, endlich zur Vernunft zu kommen. Angesichts von über 70 Bürgerinitiativen, unzähligen Resolutionen aus den kommunalen Vertretungskörperschaften gegen die derzeitige Gesetzeslage, die die Möglichkeit zur Erhebung der Straßenausbaubeiträge erlaube, müssten CDU und Grüne endlich zur Einsicht gelangen, dass Straßenausbaubeiträge ungerecht waren, seien und blieben. Soziale Härten, wonach Bürgerinnen und Bürger Zehntausende von Euro für Straßenausbaubeiträge zahlen müssten, seien unzumutbar. „Die Anhörung des Hessischen Landtags hat das eindrucksvoll belegt. Nunmehr liegt es an CDU und Grünen, endlich zur Einsicht zu gelangen“, formulierte Rudolf. Der vorgelegte Gesetzentwurf seiner Fraktion, wonach die Kommunen 60 Millionen Euro zur Sanierung von maroden Straßen durch das Land erhalten sollten, sei eine vernünftige, praktikable und auch finanzierbare



Günter Rudolph, MdB

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

Forderung. Wer den sozialen Frieden in den Kommunen aufrechterhalten wolle, müsse diesem Vorschlag zustimmen. Rudolph kündigte an, dass die SPD-Fraktion deshalb zu dem vorgelegten Gesetzentwurf eine dritte

parlamentarische Lesung beantrage, damit in den kommenden drei Wochen CDU und Grüne endlich zur Einsicht gelangen könnten, um dem Gesetzentwurf der SPD zuzustimmen. ■



FOTO: BONNYBLUM - PIXABAY / GRAFIK: LEON SCHENKE

KOMMUNEN ZAHLEN

Mehr Unterstützung vonseiten des Landes für die Kita-Betreuung forderte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und sozial- und familienpolitische Sprecherin, Lisa Gnadl. Die schwarz-grüne Koalition müsse mehr Landesmittel in den Ausbau der Kinderbetreuung investieren. Gute Kinderbetreuung sei wichtig, damit alle Kinder die gleichen Chancen bekämen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf funktioniere. Mit dem Gute-Kita-Gesetz nehme der Bund seine Verantwortung dafür wahr. Gnadl forderte, dass auch das Land mehr Verantwortung übernehmen solle, damit die Kommunen, die oft durch die Kinderbetreuungskosten überlastet seien, wieder Spielraum bekämen. „Im Koalitionsvertrag von CDU und Grünen steht geschrieben, dass für jeden Euro, den Hessen für den Ausbau der Kinderbetreuung vom Bund bekommt, das Land einen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen will. Die Koalition nimmt jedoch kein Geld aus dem Landeshaushalt, sondern greift wieder einmal den hessischen Städten und Gemeinden in die Tasche“, kritisierte die SPD-Abgeordnete. ■

KOSTENEXPLOSION

Erhebliche Mehrkosten beim Bau des Teilchenbeschleuniger FAIR in Darmstadt wird Thema im Hessischen Landtag. Nach Presseberichten solle das Prestigeprojekt rund 80 Millionen Euro teurer werden als bisher geplant. Die Sprecherin für Wissenschaft und Kunst, Dr. Daniela Sommer, forderte Transparenz von der Landesregierung und vollständige Aufklärung. Die SPD wolle wissen, ob die im Raum stehende Summe stimme, und den Grund der Kostenexplosion erfahren. „Es kann nicht sein, dass Ministerin Dorn (Bündnis 90/Die Grünen) nicht weiß, welche Mehrkosten auf das Land zukommen. Wir werden nach den Versäumnissen beim Bau- und beim Kostenmanagement fragen. Außerdem wollen wir wissen, seit wann dem Ministerium Informationen über die enorme Kostensteigerung vorliegen und ob in der ausstehenden Bauzeit mit einer weiteren Kostensteigerung zu rechnen ist“, sagte Sommer. Die Studierenden in Darmstadt befürchteten, dass aufgrund der Kostenexplosion in der Lehre gespart werden könnte. Schließlich sei offen, wie die zusätzlichen 80 Millionen Euro für FAIR finanziert werden sollten. ■

LEO-IMMOBILIEN

Vor mittlerweile 15 Jahren hatte die CDU-geführte Landesregierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Roland Koch im Rahmen der sogenannten LEO-Pakete mehr als 50 Gebäude, die bis dahin dem Land Hessen gehörten, an private Investoren verkauft und für bis zu 30 Jahre zurückgemietet. Die „LEO-Geschäfte“ hätten sich nach Auffassung des haushaltspolitischen Sprechers, Marius Weiß, inzwischen zu einem „finanziellen Waterloo“ für das Land entwickelt. „Wir können in Hessen bald den LEO-Gedenktag begehen. Das ist der Tag, an dem das Land für die Miete der Immobilien, die ihm einst gehörten, genau so viel ausgegeben hat, wie es seinerzeit beim Verkauf einnehmen konnte“, so Weiß. Der Haken sei jedoch, dass gerade einmal die Hälfte der vertraglich vereinbarten Mietdauer erreicht sei, danach laufe das Projekt in einen millionenschweren Verlust für das Land. Vergrößert worden sei der Schaden für das Land durch die Entscheidung der aktuellen Landesregierung, einzelne Gebäude aus den LEO-Paketen aufzugeben und Behörden an neuen Standorten unterzubringen. ■

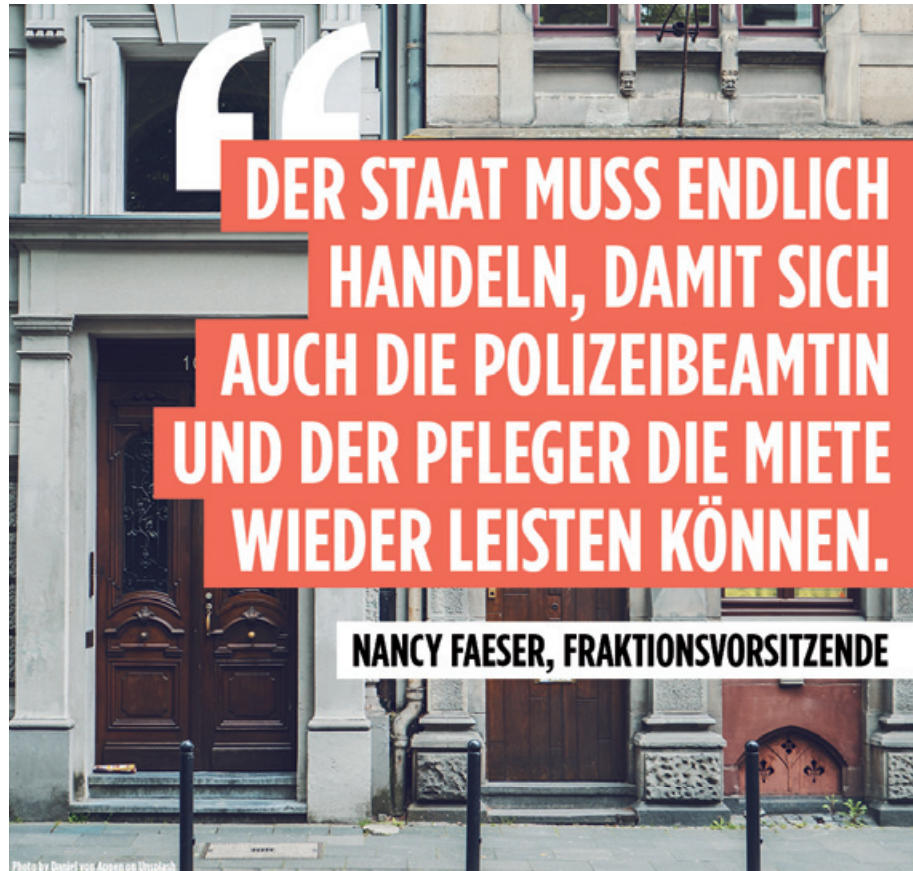
EINE FRAGE DES POLITISCHEN WILLENS

In ihrer ersten Rede als Fraktionsvorsitzende hat Nancy Faeser die Forderung nach einem Mietendeckel und einem Gesetz gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum erneuert. Faeser warf der schwarz-grünen Landesregierung vor, sich wirksamen staatlichen Maßnahmen gegen den Mangel an Wohnraum zu verweigern und stattdessen in leeren Ankündigungen zu ergehen. Die aktuell drängenden Probleme am Wohnungsmarkt seien nicht vom Himmel gefallen. Die Vorsitzende warf insbesondere der CDU vor, dass diese über 20 Jahre die Probleme mit aufgebaut habe, da CDU-geführte Landesregierungen schlichtweg gar keine Wohnungspolitik in dieser Zeit gemacht hätten. „Bereits seit Jahren ist die Nachfrage nach Wohnraum in den Wachstumsregionen in Hessen weitaus größer als das Angebot. Die Folge sind permanent steigende Mieten und Immobilienpreise, die für die Polizeibeamtin oder den Pfleger nicht mehr zu bezahlen sind“, sagte Nancy Faeser. Als kurzfristige Maßnahmen, mit denen eine Atempause für die Mieterinnen und Mieter in den Ballungsräumen erreicht werden könne, nannte Nancy Faeser einen Mietendeckel und ein Gesetz gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum. „Bis 2004 gab es in Hessen ein Wohnungszweckentfremdungsgesetz – das trotz



Nancy Faeser, MdB

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID



seiner Wirksamkeit von der damaligen Alleinregierung der CDU abgeschafft wurde. Deswegen stehen heute in Frankfurt, in Wiesbaden, in Darmstadt, in Offenbach, in Kassel Wohnungen leer. Die Eigentümer spekulieren auf weiter steigende Immobilienpreise“, so die Vorsitzende. Der Hessische Mieterbund forderte ein Gesetz gegen Zweckentfremdung, die Stadtregierungen von Frankfurt und Wiesbaden forderten es, die SPD fordere es – aber der grüne Woh-

nungsbauminister bleibe bei seiner längst widerlegten Auffassung, dass die Zweckentfremdung von Wohnungen kein Problem darstelle. Zur Entlastung der Mieterinnen und Mieter in den Ballungsräumen sei zudem ein zeitlich begrenzter Mietendeckel erforderlich. „Es ist eine Frage des politischen Willens, diese Vorschläge umzusetzen. Aber dieser politische Wille fehlt bei der aktuellen Landesregierung völlig“, sagte Nancy Faeser. ■

RADSCHNELLWEGE AUSBAUEN

Mehr Unterstützung vonseiten der schwarz-grünen Landesregierung für den Radwegeausbau hat der verkehrspolitische Sprecher Tobias Eckert gefordert. „Wir brauchen in Hessen eine Verkehrsinfrastruktur, die den unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnissen der Menschen Rechnung trägt, das gilt neben Schiene und Straße auch für den Radwegebau. Wir begrüßen den Vorstoß der FDP, die fordert, dass das Land die Kommunen bei Planung und Bau von Radschnellwegen entlasten soll“, sagte Tobias Eckert. Es sei doch schon ausgesprochen bemerkenswert, dass ein Verkehrsminister von Bündnis 90/Die Grünen bei diesem Thema die Hilfe der Opposition benötige. Seine Fraktion unterstütze die FDP und freue sich auf die Anhörung und die Meinung der Experten. Der Verkehrsminister müsse sein eigenes Engagement in diesem Bereich aber deutlich ausbauen, damit das Ansinnen der FDP auch Erfolg

habe. Verkehrsminister Al-Wazir habe zwar vollmundig angekündigt, Radwege zu bauen. Von den geplanten 60 seien aber bisher erst acht Radwege umgesetzt worden. Die Mobilitätswende komme so nur im Schnecken tempo voran. ■



FOTO: FREEBREATH - STOCKADOBÉ.COM

OHNE ATOMWAFFEN

Die SPD setzt sich für eine atomwaffenfreie Welt ein. In der Plenarsitzung hat die Kündigung des INF-Abrüstungsvertrags zwischen den USA und Russland den Hessischen Landtag beschäftigt. Nach den Worten des Landtagsabgeordneten Stephan Grüger sei die Abschaffung von Atomwaffen jedoch nicht durch UNO-Erklärungen zu erreichen, denen die Atommächte nicht beitreten würden, sondern nur durch mühsame Abrüstungsverhandlungen für jede einzelne Gruppe von Waffensystemen und mit jedem einzelnen Staat, der solche besitze. „Dabei ist eine gegenseitige Kontrollmöglichkeit zwingende Voraussetzung“, sagte Stephan Grüger. Grüger sprach sich im Namen seiner Fraktion dafür aus, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrags die verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland und Europa abgezogen werden sollen. ■



Torsten Warnecke, MdB

FOTO: SPD-FRAKTION - ANGELIKA ASCHENBACH

GRÜNE UNEINIGKEIT

Deutliche Kritik an der Uneinigkeit von zwei Umweltministerinnen, die beide der Partei Bündnis 90/Die Grünen angehören, hat der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Torsten Warnecke geübt. „Frau Ministerin Hinz (Hessen) lässt sich dafür feiern, dass die 800.000-Kubikmeter-Pipeline an der Oberweser nicht gebaut werden soll. Amtskollegin Siegesmund (Thüringen) wiederum kritisiert diesen Verzicht scharf. Öffentlich wirft sie der Flussgebietsgemeinschaft vor, diese Entscheidung nicht ohne Thüringen gefällt haben zu dürfen. Das Verhalten hält sie für ‚verheerend‘.“ Das Thema Gewässerschutz sei zu wichtig für die Region rund um die K+S Standorte und eigne sich nicht für parteipolitische Spielchen. Schließlich basiere das Konzept der sogenannten Einstapelung von Sole oder Feststoffen auf dem Verfüllen maßgeblich stillgelegter Thüringischer Bergwerke. Wenn Thüringen sich dem verweigern sollte, sei das Konzept zur dauerhaften untertägigen Verbringung obsolet. Das hätten die beiden grünen Ministerinnen schon vorher abklären müssen. ■

5 TAGE – 5 BERUFE



Der Landtagsabgeordnete Tobias Eckert nutzte die hessischen Sommerferien auch in diesem Jahr für sein traditionelles, einwöchiges Sommerpraktikum. Seit seinem Einzug in den Hessischen Landtag im Jahr 2012 nimmt sich der SPD-Abgeordnete in der Zeit, in der andere Urlaub machen, eine Woche, um in unterschiedlichste Branchen hineinzuschauen. Nachdem in den vergangenen Jahren vor allem die sozialen Berufe im Fokus von Eckert standen, lautete in diesem Jahr sein Motto „5 Tage, 5 Berufe“.

FOTOS: JAN DÖNCE - COLLAGE: MARTINA HÄUSL-DAVID



Nadine Gersberg, MdL

NEUE ABGEORDNETE

Nadine Gersberg ist seit dem 4. September neues Mitglied der Landtagsfraktion. Die überzeugte Offenbacherin und Sozialdemokratin rückte für Thorsten Schäfer-Gümbel, der am 3. September sein Mandat niedergelegt hat, nach und wird zukünftig den Wahlkreis Offenbach-Stadt im Hessischen Landtag als Abgeordnete vertreten. „Alles ist möglich. Du kannst alles machen, was du willst.“ Dieser Satz ihrer Eltern hat sich Nadine Gersberg eingebrannt, die aus einer großen Handwerkerfamilie stammt. Nach dem Abitur folgt ein Studium der Sozialwissenschaften in Göttingen. Nadine Gersberg ist stellvertretende Vorsitzende der Offenbacher SPD und war bis zu ihrer Tätigkeit als Abgeordnete Fraktionsgeschäftsführerin der SPD-Fraktion in Offenbach. Im Zentrum ihrer politischen Arbeit steht das Ziel, allen Menschen in Hessen die gleichen Lebenschancen zu bieten. Teilhabe dürfe weder vom Geldbeutel noch vom Wohnort abhängen. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:
Christoph Gehring
(verantwortlich)
Dr. Wilfried Lamparter
Gerfried Zluga
Isabel Neumann
Martina Häusel-David

Anschrift:
Schlossplatz 1–3
65183 Wiesbaden

CDU BLEIBT SCHULDEN-PARTEI NR. 1

Angesichts der Vorstellung des Hessischen Schuldenberichts 2017 sprach der finanzpolitische Sprecher, Marius Weiß, von der CDU als Schulden-Partei des Landes. „Der Schuldenabbau in Hessen ist deutlich zu gering. Von den Schulden, die sich unter den CDU-Finanzministern Weimar und Schäfer seit 1999 mehr als verdoppelt haben, wird trotz besserer Konjunktur kaum etwas abgetragen. Im Jahr 2017 hat Hessen die Nettoneuverschuldung um lediglich 200 Millionen Euro reduziert. Dies entspricht pro Kopf 32 Euro, was ausweislich des Berichts nur Platz 11 im Ländervergleich einnimmt, sogar noch einen Platz weiter hinten als im Jahr 2016. Beim Schuldenabbau ist Hessen deutschlandweit hinteres Mittelfeld. Das ist ein ziemlich schlechtes Zeugnis und bestätigt unsere Einschätzungen, dass Schwarz-Grün beim Schuldenabbau viel zu ambitionslos agiert“, kritisierte Weiß. Angesichts sich verschlechternder Konjunkturprognosen löse die Tatsache Besorgnis aus, dass

es Finanzminister Schäfer nicht einmal in einer Phase sprudelnder Steuereinnahmen und niedrigster Zinsen gelungen sei, die Verschuldung des Landes signifikant zu-



FOTO: FOTOLIA.COM - ACHIM SASS

rückzuführen. Bemerkenswert seien auch die Aussagen des Schuldenberichts zum Einsatz von Derivaten und deren Interpretation durch den Finanzminister. „Ich habe in der letzten Sitzung des Schuldenausschusses den Einsatz von Derivaten beanstandet. Den Vorwurf, dass der Einsatz von riskanten Derivatgeschäften in Minister Schäfers Verantwortung aus dem Jahr 2011 das Land über drei Milliarden Euro gekostet hat, konnte der Finanzminister bis heute nicht ausräumen. Laut Schuldenbericht hat das Finanzministerium als Reaktion auf die negativen Entwicklungen seiner Derivatgeschäfte auch 2017 sogenannte Receiver-Swaps als Gegengeschäfte abgeschlossen. Das Land stößt damit die Verluste aus den alten Derivatgeschäften, die eigentlich bereits realisiert sind, über die Zeit ab und verschiebt damit finanzielle Lasten in die Zukunft. Die Zinswetten, die Finanzminister Schäfer weiterhin betreibt, werden definitiv von der SPD-Fraktion weiterhin parlamentarisch aufgeklärt werden“, sagte Weiß. ■